

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Corona-Demonstrationen: Zeichen einer lebendigen Demokratie

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest,

1. dass das zuletzt in ganz Mecklenburg-Vorpommern gewachsene Demonstrationsgeschehen ein starkes Zeichen für eine lebendige Demokratie ist. Demonstrationen dienen der freien Meinungsäußerung. Die deutsche Protest-Tradition der Jahre 1953 und 1989 ermutigt unsere Bürger, öffentlich Stellung zu beziehen und Gesicht zu zeigen. Es liegt im elementaren Interesse des Landtages, diesen Grundpfeiler unserer politischen Werteordnung zu schützen.
2. dass die übergroße und überdeutliche Mehrheit der Demonstrationsteilnehmer in Mecklenburg-Vorpommern friedlich ist. Diese Mehrheit bezieht aus legitimen Gründen kritische Positionen. Der Landtag verurteilt jeden Versuch, diese Menschen begrifflich in eine falsche Ecke zu stellen und damit zu diffamieren.
3. dass Äußerungen der Ministerpräsidentin über „eine sich radikalisierte Gruppe, die (...) sich selbst solcher (faschistischer) Methoden bedient“ vor dem Hintergrund des insgesamt eindeutig friedfertigen Demonstrationsgeschehens für einen lösungsorientierten Corona-Diskurs nicht hilfreich sind. Die Äußerung lenkt von der eigentlichen politischen Debatte ab, derer sich Landtag und Landesregierung mit den Kritikern auf der Straße offen stellen müssen.
4. dass offen zu Gewalt aufrufende Äußerungen in sozialen Netzwerken und körperliche Angriffe auf Abgeordnete des Landtages durch eine starke demokratische Kultur unter allen im Landtag vertretenen Fraktionen sowie von demokratisch gesinnten Bürgern verurteilt und von staatlicher Seite konsequent strafrechtlich verfolgt werden müssen. Der Landtag stellt sich hinter die Ministerpräsidentin, die jüngst verbales Opfer einer anonymen Morddrohung in einer Telegram-Gruppe wurde. Der Landtag bekundet seine Solidarität mit dem Abgeordneten Michael Meister, der im Dezember des vergangenen Jahres von bisher unbekanntem Tätern höchstwahrscheinlich aus politischen Motiven auf offener Straße angegriffen wurde.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mit den Organisatoren friedlicher Veranstaltungen, die sich gegen herrschende Corona-Politik richten, den Dialog zu suchen und über öffentliche Sitzungen von ausgewählten Ausschüssen des Landtages in diesen aktiv einzutreten.
- III. Der Landtag fordert die Ministerpräsidentin auf, friedfertige Corona-Proteste in unserem Land und allgemein friedfertiges Demonstrationsgeschehen öffentlich zu verteidigen.

Nikolaus Kramer und Fraktion